

Jörg Nobis zur Einigung der Bundesregierung über Abstandsregeln beim Windkraftausbau:

„Wir brauchen mehr Abstand zu Windkraftanlagen statt weniger“

Kiel, 18. Mai 2020 **Die Bundesregierung hat sich laut DPA auf Regelungen für Mindestabstände von Windrädern zu Wohnbebauung geeinigt. Eine Öffnungsklausel soll es den Ländern ermöglichen, Mindestabstände von bis zu 1000 Metern festzusetzen. Jörg Nobis, Vorsitzender der AfD-Fraktion, erklärt dazu:**

„Schleswig-Holstein braucht eher die zehnfache Höhe der Anlage als Mindestabstand zwischen den Windkraftanlagen und der Wohnbebauung, statt noch kürzere Abstände als bisher. Offenkundig gibt die heute in Berlin getroffene neue Regelung jedoch den Ländern die Möglichkeit, Mindestabstände von unter 1.000 Metern festzusetzen. So werden die bestehenden und bereits völlig unzureichenden Mindestabstände noch unterlaufen. Das ist ein falsches Signal, denn die Windkraftanlagen beeinträchtigen bei zu großer Nähe zur Wohnbebauung die Gesundheit und das Wohlbefinden der Anwohner zum Teil ganz erheblich.

Dass die Gesundheit der Bürger in Schleswig-Holstein für Jamaika jedoch offenbar nur einen geringen Stellenwert hat, lässt sich schon daran ablesen, dass Jamaika schon seit Monaten darauf drängt, bestehende Mindestabstandsregelungen zu kippen. Denn diese Regelungen zum Schutz der Bürger stehen nach Ansicht der GRÜNEN der Energiewende im Weg. Dabei ist längst klar, dass die Energiewende ihr offizielles Ziel, den Klimawandel durch Erreichung von CO₂-Einsparungszielen zu verhindern, niemals erreichen wird. Schon deshalb nicht, weil Deutschlands Anteil am weltweiten CO₂-Ausstoß gerade mal bei rund zwei Prozent liegt. Wir fordern Jamaika daher auf, den Irrweg der Energiewende zu verlassen.“